Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 1

Artikel: Weltbild eines ratlosen Sozialdemokraten
Autor: Walter, Emil H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347347

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Emil H. Walter

Weltbild eines ratlosen Sozialdemokraten

Den Vorwurf der Energie- und Ideenlosigkeit, den mir meine Kritik der Pluralismus-Theorie Ueli Götschs eingetragen hat, kann ich natürlich nicht auf mir sitzen lassen. Jakob Bührers temperamentvoller Angriff im Septemberheft des «Profils» zwingt mich, meinen sozialdemokratischen Ideenbeutel umzustülpen und wenigstens das Wichtigste daraus, notdürftig geordnet, vor meinen Kritikern auszubreiten. Es würde mich freuen, wenn die eine oder andere der nachfolgenden Thesen seine Zustimmung fänden, obgleich sie nicht unbedingt von demselben idealistischen Schwung getragen sind, den er in unserer Epoche noch glaubt vertreten zu dürfen.

1. Die Ausgangslage: pax atomica

1.1. Völlig einig gehe ich mit Jakob Bührers Ansicht, dass das Zeitalter der Atombombe die Politiker aller Länder vor grundsätzlich neue Aufgaben stelle. Die veränderte Situation würde ich freilich nicht wie Bührer als eine bezeichnen, in der ein gleichsam durch die Atombombe erzeugter «Glaube an den Menschen» eine neue «Weltreligion» sowie allseitiger «Verzicht auf die Macht» eine umfassende «Weltgemeinschaft» zu begründen vermöchten. Auch Sozialdemokraten dürfen nie die gute alte marxistische Einsicht vergessen, dass menschenfreundliche Ideen allein am Gegebenen nichts ändern, ja es im Gegenteil desto gründlicher verfestigen, je abstrakt-idealistischer sie sind.

1.2. Einmal mehr auf die allgemeine Verbrüderungsfähigkeit der Menschen seine Hoffnung zu setzen und wie Jakob Bührer blind darauf zu vertrauen, dass bald einmal alle Weltbürger guten Willens die Unvermeidlichkeit eines gemässigten demokratischen Sozialismus einsehen werden, wäre demnach geradezu sträflich illusionär und idealistisch im schlechten Sinne. Das Ausbleiben eines Dritten Weltkrieges verdanken wir der einfachen Tatsache, dass grosse Kriege sich heute für keinen Angreifer mehr lohnen, und keineswegs irgendeinem geheimnisvollen Trend der Weltgeschichte in Richtung eines humaneren Sozialismus.

2. Gründe für Abrüstung, auch in der Schweiz

2.1. Erörterungen der veränderten weltpolitischen Lage bleiben in unserem Lande so lange harmlos und unverbindlich-unpolitisch, als sie sich

nicht auf eine konkrete und schonungslose Diskussion ihrer Folgen für neutrale Kleinstaaten einlassen. Wirklich radikal sind noch die hoffnungsvollsten Spekulationen Schweizer Sozialdemokraten über den kommenden Weltfrieden erst dann zu nennen, wenn sie bezüglich der Schweiz auch die Konsequenzen ziehen.

2.2. Diese Konsequenzen scheinen mir recht deutlich zu sein: Da zwischen hochindustrialisierten Staaten des Westens und Ostens heute kein Krieg mehr vorstellbar ist, der nicht *entweder* schnell zum *totalen Atomkrieg gesteigert oder* eben noch rechtzeitig auf *diplomatischem* Wege *gestoppt* wird, *erübrigt sich* für neutrale Kleinstaaten die Pflege einer allzeit bereiten militärischen Verteidigungsmacht. Der Igel Schweiz kann heute ohne Gefahr seine Stacheln einziehen. Es ist auf lange Sicht gesehen keine Lage mehr denkbar, in der wir isoliert einem Feind gegenüberständen, den unsere Abwehrbereitschaft erfolgreich abzuschrecken vermöchte. Wären wir wirklich auf uns allein gestellt, so würde uns in solcher Lage auch eine eigene Mini-Atomwaffe, wie G. Däniker sehr schön gezeigt hat, wenig nützen; als Abschreckungsmittel wäre sie unglaubhaft. Im Rahmen eines westlichen Bündnisses aber an einem allgemeinen West-Ost-Krieg teilzunehmen, ergibt auch keinen Sinn, denn ein solcher absolut sinnloser Krieg, von dem G. Däniker zugibt, dass wir ihn nur entweder verhindern oder verlieren können, bedeutete das Ende nicht nur Europas, sondern auch der Schweiz.

2.3. Ihre Unabhängigkeit und Freiheit kann die Schweiz sich heute nur noch *politisch, nicht militärisch* sichern. Durch Befolgung einer konsequenten *Neutralitäts-*, das heisst *Entspannungspolitik*, sollte sie dazu beitragen, dass die Grossmächte die harte Lektion, die ihnen der Aufbau einer eigenen Overkill-Atomstreitmacht erteilte, nie vergessen. Diese Lektion lautet: Ein allgemeiner Krieg im Zeitalter der Atombombe kann allerseits nur verloren, nicht gewonnen werden; es ist daher angezeigt, mit ihm nicht allzu leichtfertig zu drohen, sondern wenn immer möglich den Gegner in einen vernünftigen *Dialog* zu verwickeln. Darüber hinaus gilt es, ihn nicht zu unnötigen Rüstungsmassnahmen zu provozieren; solche erübrigen sich darum, weil durch sie die Situation des atomaren Patts kaum grundsätzlich geändert werden kann.

2.4. Wird damit aber nicht das unbeschränkte Wettrüsten der Grossen im ganzen sinnlos? Wäre am Ende doch noch ein Zustand des allgemeinen Weltfriedens denkbar, in dem selbst Grossmächte freiwillig und mindestens *psychologisch abgerüstet* miteinander so vernünftig verkehrten wie heute noch nur unter der Drohung des Atomtodes? *Souverän* im klassischen Wortsinn ist heute *kein einziger* Staat mehr. Auch die zwei Supermächte können sich unter Bedingungen des Atomzeitalters *keine ungebrochen nationalstaatliche Aussenpolitik* mehr leisten. Diese Tendenz der Weltgeschichte

hat die Schweiz nach bestem Vermögen zu unterstützen: nicht indem sie leer von Neutralität und Solidarität daherredet, im übrigen aber alles beim alten belässt, sondern indem sie bei sich selber einen Anfang macht und durch *allmähliche Abrüstung* die unvermeidliche Not eines Verlustes an Souveränität im überkommenen Sinne in die Tugend eines Gewinnes an wirklicher Freiheit und echter Unabhängigkeit verwandelt.

2.5. In ihr politisches Aktionsprogramm hätte eine konsequent progressive Sozialdemokratie somit genau jene Forderungen nach drastischer Reduktion von Militärausgaben und -dienstzeiten sowie entsprechender Ausarbeitung einer neuen Konzeption (z. B. «guerillaähnlicher») Landesverteidigung aufzunehmen, die einmal zu ihren selbstverständlichen Programmpunkten gehörten. *Damals* verkörperten sie Ideen, die auf dem utopischen Glauben an das prinzipiell Gute im Menschen beruhten. So zerbrachen sie denn auch bald an der härteren Wirklichkeit. Es wäre unendlich schade, wenn ausgerechnet *heute*, da die Hoffnung auf Verhütung des nächsten Weltkrieges *erstmals* in der Geschichte *keine Utopie*, sondern pure *Lebensnotwendigkeit* ist, die alten Ideale in Vergessenheit gerieten.

3. Perspektiven des weltpolitischen Ost-West- und Nord-Süd-Gegensatzes

3.1. Unverbesserliche Kalte Krieger mögen noch so sehr auf die unverändert weltrevolutionären Ziele «des» Kommunismus hinweisen: heute kann ihnen kein vernünftiger Mensch mehr Glauben schenken. Zu offensichtlich hat sich die Revolution von der hochindustrialisierten westlichen *und* östlichen Welt weg zur «Dritten», der Welt der sogenannten unterentwickelten Länder hin verlagert. Während die Entwicklungslinien der westlichen und östlichen Industriestaaten sich aufeinander zu bewegen und zu *konvergieren* scheinen, *vergrössert sich* umgekehrt der Gegensatz von Nord und Süd, von reicher und armer, unterentwickelter Welt.

3.2. Zwar ist noch keineswegs die *gesamte* Dritte Welt in einer explosiv vorrevolutionären Lage und dazu imstande, eine progressive Revolutionierung der eigenen Gesellschaftsstruktur ohne erhebliche Perversionen des utopischen Dranges nach vorn durchzuführen. In vielen unterentwickelten Ländern hat überdies die blosse soziale *Evolution* auf der Grundlage der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen und internationalen Entwicklungshilfe durchaus eine Chance. Doch ändert das nichts an der Tatsache, dass für einige unterentwickelte Staaten die *Revolution* kein schrecklicher Frevel und auch kein notwendiges Übel, sondern schlechthin eine *soziale Notwendigkeit* ist. Das kann für das Selbstverständnis gerade auch einer reformistisch-gemässigten Sozialdemokratie nicht ohne Folgen sein.

3.3. Selbst als dezidiert antirevolutionäre Partei hat die Sozialdemokratie in einer ganz anderen Weise als bisher den *revolutionären Impuls* zur Veränderung der Gesellschaft *ernstzunehmen* und seine *Berichtigung* für viele unterentwickelte Länder *anzuerkennen*. Allzu schwer sollte ihr dies eigentlich nicht fallen; immerhin war sie in schlimmeren Zeiten ja auch selber einmal, mindestens theoretisch, von einem glühenden Willen zur Revolution beseelt. In vielen unterentwickelten Staaten sind diese für uns vergangenen Zeiten elende Gegenwart. Wir haben uns mit denen zu solidarisieren, die sie am gründlichsten zu beseitigen versprechen. In Fällen wie Kuba und Vietnam scheint mir die Sachlage klar zu sein. Als Sozialdemokraten haben wir da nicht im schlechten Chor bürgerlicher Verdammung jeglicher Revolution mit-, sondern kräftig dagegenzusingen, als Stimme derer in unserem Land, denen wie immer «totalitäre» Landreformmassnahmen Ho Chi Minhs zweifellos tausendmal lieber sind als amerikanisches Napalm.

3.4. Die *Illusionen der neuen Linken Europas und Amerikas* brauchen wir uns darum keineswegs auch anzueignen. Jenes freilich sehr leicht zu missbrauchende Moment liberaler Skepsis, das Sozialdemokraten seit je gegen Absolutismen von links und von rechts in Anschlag brachten, hat auch hier sein gutes Recht. Die ökonomischen Konstruktionen, auf die Anhänger Castros und gläubige Leser Frantz Fanons ihren Aufruf zur Schaffung von zwei, drei Vietnams gründen, sind schlechte Ökonomie. (Westliche Demokratien sind beispielsweise auch ökonomisch keineswegs dazu verdammt, auf sozialrevolutionäre Bewegungen immer nur so zu reagieren wie die Amerikaner in Vietnam.) Zwar hat nach wie vor das System des Imperialismus mehr Realität, als bürgerliche Ökonomen wahrhaben wollen. Es wird aber durch revolutionäre Tendenzen der Dritten Welt und damit koordinierte Aktionen im kapitalistischen Westen *nur modifiziert*, nicht als Ganzes *umgewälzt* werden können. Die furchtbaren Brände am Horizont, die hoffnungsvoll aufatmenden Revolutionären in aller Welt als Morgenrot der kommenden Weltrevolution erscheinen, bezeichnen nichts als die Orte, an denen die letzten Ausleger eines verblendeten Antikommunismus im westlichen Lager – grausam genug – verbrennen.

3.5. Sich mit derartigen, manche vielleicht phantastisch anmutenden Strategien der neuen Linken in westlichen Industriestaaten auseinanderzusetzen, ist keineswegs müssiger Streit reiner Theorie. Den neuen Sozialrevolutionären, die meist dezidiert antisowjetisch argumentieren, verleiht in den fortgeschrittenen Staaten des Westens eine Strömung Auftrieb, die, mit der obligaten Verspätung, bald auch bei uns in der europäischen Provinz sich bemerkbar machen wird. Zwar wird unser extrem gutbürgerliches Land der Etablierung revolutionärer Zentren nicht nur in

den «Dörfern», sondern auch «*Metropolen*» der Welt einen Widerstand entgegensetzen wie sonst kaum ein bürgerlicher Staat. Doch wäre es sehr zu begrüssen, wenn die schweizerische Sozialdemokratie den Ideen der neuen Linken mit *Argumenten*, nicht blossen *Verdikten* begegnete.

3.6. Die Möglichkeit hierzu hat sie durchaus. Besonders vielversprechend scheint mir der Versuch zu sein, Argumente der orthodoxen sowjetrussischen gegen solche der neuen sozialrevolutionären Parteien auszuspielen. Der *Gegensatz* dieser beiden Richtungen ist schon *erstaunlich weit gediehen*. Gegenüber revolutionären *Überschwenglichkeiten* der neuen Linken können wir uns bereits auf sehr handfeste und nicht selten schmerzhafte *Erfahrungen etablierter Kommunisten* in östlichen Industriestaaten berufen, die eigentlich auch nicht mehr an die Umwälzbarkeit des ganzen Menschen glauben, sondern nurmehr, wie wir, an seine *allmähliche* Verbesserungsfähigkeit gemäss Kriterien liberaler Humanität und ökonomischer Effizienz.

3.7. Die praktische Folgerung aus dieser theoretischen Diagnose wäre, dass wir den in der welschen Schweiz allem Anschein nach bevorstehenden Versuch einer sozialdemokratischen Öffnung nach links nicht zu sabotieren, sondern im Gegenteil zu unterstützen versuchten. Wir würden dadurch nicht nur unseren bürgerlichen rechten Flügel sozialdemokratischen Ideen wieder näherbringen, sondern umgekehrt auch den reformistischen Tendenzen der extremen Linken einen uns willkommenen Auftrieb verleihen können. Diesen widerstrebt allerdings der extrem bürgerliche Charakter unseres Staates, der manchen ehrlichen Kommunisten davon abhalten mag, allzu offen seine reformistische Neigung einzugestehen. Die Schweizer sind nämlich tatsächlich anders als die andern.

4. Die Schweiz, das gutbürgerlichste Land Europas

4.1. Des Schweizers Nationalcharakter ist nach der übereinstimmenden Meinung sozusagen aller derer, die ihn zu kennen und international vergleichen zu können glauben, von einem *ausserordentlich konservativen* und zugleich *pragmatisch-nüchternen* Zuschnitt. Ausgesprochen bürgerliche Tugenden wie Sparsamkeit, Nüchternheit, Misstrauen gegenüber Radikalismen aller Art, Arbeitsamkeit usw. stehen bei uns seit je sehr hoch im Kurs. Noch im 19. Jahrhundert hatten sie, wie etwa die Werke Gottfried Kellers beweisen, eine durchaus *progressive* Funktion, indem sie unmittelbar mit dem bürgerlichen Streben nach Freiheit und Demokratie verknüpft waren. Heute, im spätbürgerlichen Zeitalter des Sozialstaates und der Massendemokratie, offenbaren sie mehr und mehr ihre schlecht konservative und beschränkende Kehrseite und entwickeln sich zu den *Untugenden provinzlerischer Beschränktheit, Engherzigkeit und*

Intoleranz. Längst haben die sozialdemokratisch regierten Staaten Nordeuropas die Schweiz als Hort wahrer Freiheitlichkeit abgelöst, und die konservativen Entscheidungen des Schweizer Souveräns, z. B. in Fragen des Frauenstimmrechts, gelten heute zu Recht keineswegs nurmehr als zufällige Überbleibsel einer urwüchsigen, im übrigen aber progressiven Demokratie, sondern als typisches Symptom schweizerischen Beharrungsvermögens.

4.2. Aber nicht allein vage Beschreibungen des schweizerischen Nationalcharakters, auch *harte Fakten* vermögen die These zu belegen, dass inmitten der spätkapitalistischen Welt moderner Industriestaaten die Schweiz ein geradezu exotisches Rückzugsgebiet des klassischen Liberalismus, gleichsam dessen *Museum* repräsentiert. Die schweizerische *Industrie* zwar ist durchaus auf der Höhe der Zeit und garantiert uns ein selbst für fortgeschrittene Industrieländer weit überdurchschnittliches Nationaleinkommen. Sie hält ihren Platz an der Spitze jedoch, in krassem Gegensatz zu den Industrien anderer Staaten, *völlig unbehelligt* von staatlicher Einflussnahme und geniesst sonst nirgendwo gewährte Privilegien. (In Frankreich und Schweden beispielsweise machen Staatssteuern rund 45 % des Bruttosozialproduktes aus, in Grossbritannien 35 %, in den USA 30 %, in der Schweiz rund 22 %; Einkommen von über 120 000 sFr. jährlich werden in Schweden mit einer Einkommenssteuer von 53–72 % belastet, in der Bundesrepublik Deutschland mit einer von 50–56 %, in der Schweiz von 21–26 %, usw.) Obwohl die Schweiz, was den Anteil der zentralen Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt anlangt, von 41 grösseren, nicht kommunistischen Ländern, nach den Philippinen und Afghanistan, 1958 im 41. (letzten) Rang figurierte (gemäss einer der aufschlussreichen Statistiken im «World Handbook of Political and Social Indicators», New Haven und London 1964, S. 60), glauben unsere allmächtigen Industriellen über das überdurchschnittliche Wachstum der Bundesausgaben in den letzten Jahren schon wieder heftige Klage führen zu dürfen, und ertönt von allen Seiten laut der Ruf nach einer empfindlichen Einschränkung der angeblich inflationär wirkenden «Ausgabenwut» des Staates. Dass selbst Sozialdemokraten sich dieser allgemeinen Tendenz nur sehr schlecht erwehren können und nicht selten, zur Verteidigung ihrer Rückzugspositionen, liberale Argumente unverändert übernehmen, signalisiert eine *fundamentale Schwäche* unserer Bewegung. Sie gilt es zunächst offen einzugestehen, bevor an Möglichkeiten ihrer Überwindung gedacht werden kann.

4.3. Ein hellsichtiger Korrespondent der «Preussischen Jahrbücher» hat schon vor bald 100 Jahren einmal bemerkt, dass wohl kein Land Europas zu «sozialistischen Experimenten» derart ungeeignet sei wie die Schweiz. Deren geschichtliche Entwicklung hat ihm Recht gegegen. Früher als anderswo wurden bei uns zunächst die Gewerkschaften, dann die Sozia-

listen in das bürgerliche Staatsgefüge integriert und übernahmen die liberalen Versöhnungsformeln von Sozialpartnerschaft, Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung usw. willig und teilweise sogar mit recht guter materieller Kompensation. Die Kommunisten wurden, zumindest in der deutschen Schweiz, völlig isoliert. Sie sind hier nach wie vor von einem aus Zeiten des Kalten Krieges stammenden, damals bekanntlich sehr billig erhältlichen cordon sanitaire umgeben, den sie selbst heute, da das helvetische Malaise kräftig um sich greift, nur mühsam durchbrechen. Darüber freuen dürfte sich nur eine Sozialdemokratie, die zielbewusst und politisch erfolgreich tätig wäre. Das trifft bei uns offensichtlich schon seit langem nicht mehr zu. Die SP hat sich von den allzu bürgerlichen Geistern, die sie rief, nicht rechtzeitig genug befreien können. Der allerorts aufkeimende Trend zur «Opposition» in unserem Staate kommt heute nur in der welschen Schweiz einer linken Partei zugute; im konservativeren deutschen Landesteil profitiert von seinen potentiell beträchtlichen Energien eine scheinradikale bürgerliche «Bewegung», der mit anderen und präziseren als bürgerlich-gouvernementalen Argumenten zu begegnen unserer Partei einfach nicht gelingen will. Unentschieden zwischen ihrem in Spuren immerhin nach wie vor vorhandenen Willen zur Veränderung der, wie sie wohl weiss, extrem bürgerlichen schweizerischen Realität und ihrer Rolle als «verantwortlicher» Regierungspartei hin- und herschwankend, vermag sie sich dem zunehmend unzufriedener werdenden Schweizer Bürger als Partei des Fortschritts nicht überzeugend genug anzubieten. Kein Wunder, dass diesem schliesslich die Protestformeln des Landesrings, wie immer schlecht durchdacht sie sein mögen, attraktiver erscheinen als die gouvernemental-beruhigenden Verlautbarungen der SP.

5. *Gesucht: sozialdemokratische «Alternativen»*

5.1. Jede Kritik am bürgerlichen Zustand unseres Landes von seiten der SP hat demnach mit einer radikalen Kritik *ihrer eigenen Verbürgerlichung* zu beginnen. Zunächst gilt es, sich den, im internationalen Vergleich, sehr konservativen und vorsichtigen Charakter unserer eigenen Politik einzugestehen. Es sollte endlich jedem bewussten Sozialdemokraten klar sein, was es eigentlich bedeutet, wenn von unseren führenden Parteigenossen als wichtigster Teil «unseres Kampfes gegen die Teuerung . . . der Kampf gegen die Überfremdung» bezeichnet wird; wenn der Anstoss zu einer Totalrevision unserer veralteten Bundesverfassung von den bürgerlichen, nicht einer weitblickenden sozialdemokratischen Partei ausgeht; und wenn auch in Fragen der staatlichen Planung bisher durchaus nur bürgerliche Konzeptionen entwickelt worden sind, denen mit präzisen Gegenargumenten zu antworten die SP offensichtlich nicht die Kraft hat. Für diesen bedenk-

lichen Zustand einer nurmehr *taktisch, strategisch kaum noch initiativen SP* können nicht nur objektive Gründe und der «Zwang der Verhältnisse» verantwortlich gemacht werden. Auch unter erschwerten Bedingungen, in den sehr engen Grenzen des gutbürgerlichsten aller Länder, sollten zumindest die *Gedanken* der Linken nicht auch resignieren und mit dem Bestehenden sich versöhnen. Sie sollten auf die Suche nach *Alternativen* gehen, die einmal, in günstigeren Zeiten, vielleicht doch noch zur Tat gedeihen könnten.

5.2. «Alternative» darf freilich nicht jede Konzeption genannt werden, die radikal erscheint nur indem sie sich radikal antikapitalistisch und «unbürgerlich» geriert. Die Zeiten halbwegs vorrevolutionärer *Unstabilität* sind in den hochindustrialisierten Staaten des Westens *definitiv vergangen*. Ihnen gemässe Forderungen, beispielsweise nach Verstaatlichung der Monopole oder generell nach «Abschaffung der Profitwirtschaft und Verwirklichung des Sozialismus», sind deshalb *politische Anachronismen*, unfähig, das Bestehende zu verändern. Dessen Tendenz zu immer rationellerer Organisation und höherer Produktivität ist unaufhaltsam, sie fährt über ideologische Weichenstellungen von gestern rücksichtslos hinweg. Höchstens das Sozialprodukt im Rahmen des Bestehenden etwas gerechter zu verteilen, kann und muss vom sozialdemokratischen Standpunkt aus versucht werden, wobei allerdings, wie der bedenkliche Zustand Grossbritanniens demonstriert, selbst solche beschränkten Aktionen dort sinnlos werden, wo durch sie die gesamtwirtschaftliche Produktivität in Frage gestellt wird. In der Schweiz sind wir immerhin *noch lange nicht* an einer derartigen, äussersten Schranke sozialdemokratischer Politik angelangt: skeptische Parteigenossen sollte diese Einsicht daran hindern, gänzlich zu resignieren.

5.3. Manches deutet darauf hin, dass endlich auch bei uns die Ära des wirtschaftlichen Neoliberalismus zu Ende geht. Den gesteigerten Anforderungen der modernen Technik können auch unsere grössten Konzerne nicht mehr ohne staatliche Hilfestellung genügen, vor allem auf den Gebieten von Forschung und Ausbildung nicht. Das Modewort «Infrastruktur» ist Ausdruck dieses *neu aufgekommenen Bedürfnisses unserer Privatindustrie nach staatlicher Intervention und Planung*. Eine initiative Sozialdemokratie sollte die sich jetzt bietende günstige Gelegenheit ausnützen und dafür sorgen, dass bürgerliche Kreise vom Staat nur gleichsam gegen angemessene Bezahlung profitieren können, das heisst, unter *Aufgabe* ihrer im Westen *einmalig selbstherrlichen* und *steuerprivilegierten* Stellung. Solange er dies nicht erreicht hat, dürfte kein Sozialdemokrat mit den schweizerischen Verhältnissen, wie bisher leider weitgehend üblich, grundsätzlich zufrieden sein. Die Kraft zur kritischen Distanzierung vom Bestehenden könnte er auf die Dauer freilich nur dann aufbringen, wenn ihm der

Entwurf einer *umfassenden Strategie* zur Modernisierung der Schweiz gelänge. Deren Teilstrategien[1] müssten ineinandergreifen wie Zahnräder in einem Uhrwerk: zu einem Ganzen, das läuft. Denn anders als früher haben in unserer Gesellschaft heute nur solche Ideen noch eine Chance, realisiert zu werden, die ihren vorwärtsstrebenden Impetus mit neuesten *sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen* absichern und gleichsam in Zahlen und Statistiken umsetzen.

Diese langwierige und mühselige, nur in eigentlichen *Planungsstäben* zu vollbringende Arbeit konnte ich hier nicht leisten. Dass ich sie als sehr wichtig einschätze und mir von idealistischen Konstruktionen im konventionellen sozialistischen Sinn wenig verspreche, halte ich selber, trotz Jakob Bührers Einwand, für das Gegenteil von Ideenlosigkeit. Wir leben in einer Epoche, in der detaillierte Zukunftsprognosen nicht mehr für kleinmütige Kompromisspolitik und gegen grosszügige Entwürfe einer freieren Zukunft sprechen. Die Gelegenheit, sich diese Erkenntnis anzueignen und entsprechende Initiativen zu ergreifen, hat die Sozialdemokratie durchaus. Aber sie hat sie nicht unbeschränkt, sie muss sie ergreifen. Die Geschichte ist launisch, was sie eines schönen Tages hinhält, damit es gepflückt werde, ist am nächsten schon welk.

[1] Beispielsweise: 1. Neue Konzeptionen einer drastisch reduzierten militärischen Landesverteidigung in Verbindung (1.1.) mit entsprechend gesteigerter staatlicher Entwicklungshilfe sowie (1.2.) einer wirklich neutralen, von antikommunistischen Reminiszenzen freien Aussenpolitik; 2. Bekämpfung der typisch schweizerischen, liberalen Ideologie vom eigenverantwortlichen einzelnen und Verwirklichung alter sozialpolitischer Postulate unter (2.1.) entsprechender Veränderung des bisher ausserordentlich ungerechten Steuer- und (2.2.) antiquierten Bildungssystems; 3. Ausarbeitung mehrerer Modelle für eine neue Bundesverfassung unter Berücksichtigung unter anderem (3.1.) des fortschrittsfeindlichen Charakters unseres überentwickelten Föderalismus und (3.2.) der Problematik unseres Regierungssystems, das der Kontrolle der Öffentlichkeit keineswegs so zugänglich ist, wie die durchaus konservative Ideologie vom in der direkten Demokratie souveränen Schweizer Stimmbürger glauben machen will; 4. Förderung antiautoritärer, emanzipatorischer Strömungen in unserem Lande, das heisst unter anderem (4.1.) Verwirklichung eines liberalen Strafrechts, besonders in militärischen Angelegenheiten, (4.2.) einer umfassenden Sexualaufklärung in den Schulen sowie (4.3.) Bekämpfung schweizerischer Überfremdungsideologien durch grosszügige Assimilationsmassnahmen gegenüber ausländischen Arbeitskräften usw.